

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Kästner, Berlin.  
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Telefon: Spandauer

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen  
vor dem Quartalettschluss, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 28. Juli 1931

## Marxisten als Mittler.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Der Staatsbesuch des englischen Ministerpräsidenten und des englischen Aussenministers in Berlin ist beendet. Nach zweitägigem Aufenthalt und zahlreichen Besprechungen haben MacDonald und Henderson die Reichshauptstadt wieder verlassen.

Es war das erste Mal seit über 50 Jahren, dass englische Staatsmänner Deutschland offiziell besuchten und das erste Mal nach dem verhängnisvollen Weltkriege, dass Staatsmänner der Gegenseite offiziell deutschen Boden betreten haben. Nicht zum Vergnügen sondern in der Absicht, die in Chequers eingeleiteten Besprechungen fortzusetzen, sie zu vertiefen und dazu beizutragen, dass die europäische Politik mehr und mehr auf die Basis gegenseitigen Vertrauens gestellt wird. Was tut heute mehr not als das? Mit Reden von Land zu Land, die meistens missverstanden werden, sind die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die wir heute nun einmal in Europa zu verzeichnen haben, nicht zu meistern. Sie sind eher geeignet, das gegenseitige Misstrauen zu stärken und selbst die beste Diplomatie war bisher nicht in der Lage und wird auch in Zukunft, fern vom Schuss, nicht imstande sein, vorhandene Missverständnisse ohne weiteres aus der Welt zu schaffen. Wohin das führt, hat uns der Weltkrieg mit seinen schrecklichen Folgen gezeigt. Trotzdem haben die bürgerlichen Regierungen des Auslandes auch in der Nachkriegszeit über die gelegentlichen kurzen Besprechungen in Genf hinaus niemals das Bedürfnis zu Aussprache von Regierung zu Regierung gezeigt. Aus Furcht vor der nationalistischen Opposition wurde jeder persönliche Kontakt und Gedankenaustausch, insbesondere mit den Vertretern des Feindes von gestern, mit Deutschland, vermieden.

In diese Atmosphäre hat die englische Arbeiterregierung eine Bresche geschlagen. Kaum am Ruder angelangt hat sie zunächst im eigenen Lande die psychologischen Voraussetzungen für ein engeres Verhältnis zu Deutschland geschaffen. Das Ziel ihrer Politik war und ist den Krieg endlich vergessen zu machen und nicht nur zu den einstigen Alliierten, sondern zu allen Ländern der Welt im Interesse des Friedens und der Menschheit gute Beziehungen zu unterhalten. Aus diesen Bestrebungen heraus ist schliesslich die Einladung der Arbeiterregierung nach Chequers entstanden. Dort hat man sich mit aller Offenheit über die europäische Politik und insbesondere über die wirtschaftliche Lage Deutschlands ausgesprochen. Dort konnten Brüning und Curtius für Deutschland mehr ausrichten als die beste Diplomatie beim besten Willen in Monaten hätte ausrichten können. Einmal dank ihrer Offenheit, vor allem aber, weil ihre Partner Vertreter der englischen Arbeiterregierung waren, denen es ehrlich um den Frieden der Welt zu tun ist und die aus ihrem Solidaritätsgefühl heraus, das ihnen als Mitglieder der Arbeiterpartei nun einmal eigen ist, für jeden notleidenden Menschen und mehr noch für jedes notleidende Volk das not-

wendige Verständnis haben. So wurde in Chequers die Basis zu dem Hooverplan gelegt und eine Aktion eingeleitet, die mit der Revision des Youngplans noch vor Ablauf des Feierjahres enden muss!

In Berlin ist jetzt das Werk von Chequers fortgesetzt worden. Wiederum wurden in mehrstündigen Besprechungen alle schwebenden politischen und wirtschaftlichen Probleme durchgesprochen und wieder zeigten MacDonald und Henderson für die schwierige Lage Deutschlands weitgehendes Verständnis. Sie sind mit uns überzeugt, dass Deutschland einen langfristigen Kredit benötigt, wie der Säugling die Muttermilch, und es ist ihr fester Entschluss, ihn ohne politische Konzession ermöglichen zu helfen. Was sie in diesem Sinne tun können, soll, ähnlich wie bei der Vorbereitung der Hoover-Aktion, bald getan werden. Als Mittler sind MacDonald und Henderson nach Berlin gekommen, als Freunde Deutschlands haben sie uns verlassen und als solche werden sie für uns wirken, ohne dabei die Interessen ihres eigenen Landes auch nur irgendwie zu vernachlässigen. Gerade weil sie als Staatsmänner auch für ihre Nation das Beste wollen und die Zusammenhänge der Weltpolitik und Weltwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der historischen Aufgabe der englischen Arbeiterpartei sehen, weil sie erkennen und sich im klaren darüber sind, dass Deutschland als Bestandteil Europas ganze Völker mit in den Abgrund reißen kann, wollen sie uns helfen um ihrem England zu nutzen.

Und was sind diese Mittler, diese Friedensfreunde, die über ihr eigenes Land hinaus die Nöte der Welt sehen und sich entschlossen zeigen, ihnen ab-zuhelfen? Es sind Sozialisten, es sind Marxisten, es sind Mitglieder der zweiten Internationale! Es sind Mitglieder jener sozialistischen Arbeiterinter-nationale, von der nach Hugenberg und anderen Schwätzern das ganze Unglück Deutschlands und Europas herrühren soll. Jetzt hat das deutsche Volk die Wirklichkeit gesehen! Jetzt hat es gesehen, wie die angeblichen Zerstörer Europas in die Bresche springen und Deutschland zu Hilfe eilen, während die Bundesgenossen der Hugenberg und Konsorten jenseits der Grenzen gegen diese Mittler und Friedensfreunde hetzen und danach trachten, ihre Arbeit morgen oder übermorgen wieder zunichte zu machen: Im Sinne Hitlers und Hugenbergs und zu ihrer Freude.

Dieser chauvinistischen Internationale der Verderber der Welt das Handwerk zu legen, ist die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterinternationale. Wie und in welchem Sinne haben MacDonald und Henderson in Chequers und in Berlin klar und deutlich veranschaulicht. Ihnen auch an dieser Stelle dafür zu danken, betrachten wir als eine Ehrenpflicht.

-----

SPD. Paris, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

In Pariser nationalistischen Kreisen zeigt man sich über den Verlauf der Berliner Verhandlungen mit den englischen Staatsmännern sehr beunruhigt. Als Hauptzweck des englischen Ministerbesuchs in Berlin betrachtet man hier eine Aussprache über die Abrüstungsfrage, eine Angelegenheit, die Frankreich in höchstem Grade interessiert, zumal das französische Abrüstungs-memorandum erst vor einigen Tagen veröffentlicht worden ist. Man befürchtet deshalb, dass eine eventuelle Einigung zwischen England und Deutschland in der Abrüstungsfrage zu einem Druck auf Frankreich benutzt werden könnte. Die nationalistische Presse wendet sich energisch gegen ein derartiges Unternehmen, das, wie eine Zeitung schreibt, eine Drohung und eine Unverschämtheit gegenüber Frankreich darstelle. Aber auch gemässigte Zeitungen, wie der "Paris Midy", warnen die deutsche Regierung, dieses doppelte Spiel, das sie bisher getrieben habe, fortzusetzen. Denn sie laufe Gefahr, nichts dabei zu gewinnen. Für Deutschland sei nur ein Weg möglich, die Zusammenarbeit mit Frankreich, die allein das für seine Kredite notwendige politische Vertrauen wiederher-

stellen könne.

Verschiedene radikale Zeitungen äussern sich in ähnlicher Weise und treten für die baldige Fortsetzung der deutsch-französischen Aussprache durch einen Besuch Lavals und Briands in Berlin ein.

-----

SPD. Amsterdam, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Gesamtzahl der Unterzeichner der Friedenspetition der niederländischen Tagespresse für die Genfer Abrüstungskonferenz 1932 wird auf 2 Millionen geschätzt. Das bedeutet, dass die Hälfte aller Wahlberechtigten sich für die internationale Abrüstung ausgesprochen hat.

-----

SPD. Die Reichsregierung hat sich vor einigen Tagen gezwungen gesehen, verschärfte Massnahmen gegen die säumigen Steuerzahler einzuführen. Auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1931 muss vom 31. Juli ab auf alle nicht gestundeten Steuerrückstände für jeden darauf folgenden halben Monat ein Zuschlag in Höhe von 5 % gezahlt werden. Ausserdem sind die Stundungs- und Aufschubzinsen erhöht worden. Zur Durchführung dieser Verordnung hat der Reichsfinanzminister einen Erlass an die Präsidenten der Landesfinanzämter gerichtet, der zugleich allgemeine Anweisungen über die verschärfte Einziehung der Steuer-rückstände enthält.

Der Runderlass geht von der Feststellung aus, dass die Steuereingänge seit dem 31. Juli 1931 "in erschreckendem Masse zurückgegangen" sind. Offenbar sei in weiten Kreisen die Meinung verbreitet, dass möglichst viele Zahlungen zurückgestellt werden müssten, vor allem aber die Steuerzahlungen. Da nichts für den Staat und die Wirtschaft verhängnisvoller sei, müsse unter allen Umständen mit der grössten Beschleunigung die normale Abführung der Steuern wieder in Gang gesetzt werden. Man sollte nach dieser Einleitung erwarten, dass die nachgeordneten Behörden zu einer entsprechenden scharfen Eintreibung der Steuern aufgefordert würden. Aber in der Praxis erreicht der Erlass das Gegenteil seiner vermutlichen Absicht. Es heisst nämlich darin:

"Die in früheren Erlassen gegebenen Richtlinien für die Gewährung von Stundungen von Steuern bleiben selbstverständlich aufrechterhalten. Wo die sofortige Einziehung eine ausserordentliche Härte darstellt, soll auch in Zukunft gestundet werden. Dementsprechend sollen auch durch die vorstehenden Anweisungen bisher auf Widerruf gewährte Stundungen nicht als aufgehoben gelten."

Damit hebt der Erlass tatsächlich alles wieder auf, was in ihm vorher angeordnet wird. Es bleibt also wahrscheinlich nahezu alles beim alten. Wie lagen denn die Dinge bis jetzt? Schon bisher waren die unteren Steuerbehörden grösstenteils nach Kräften bemüht die Einziehung der Steuern zu beschleunigen. Immer wieder hat sich dabei aber der groteske Zustand herausgestellt, dass das Reichsfinanzministerium seinen eigenen Behörden in den Arm gefallen ist und gegen den Willen der unteren Instanzen in grosszügiger Weise Stundungen, Erlasse und Niederschlagungen gewährt hat. Wenn man die Fachzeitschriften der Steuerbeamten aufmerksam verfolgt, stösst man immer wieder auf die Klage, dass die Bestrebungen der Beamtenschaft, die Interessen des Reichs gegenüber den Steuerpflichtigen zu wahren, gerade im eigenen Ministerium am wenigsten Unterstützung finden. Dabei scheinen sich die grosskapitalistischen Kreise, also die leistungsfähigsten Steuerzahler, der besonderen Gunst der hohen Ministerialbürokratie zu erfreuen. Hier scheint auch der Schlüssel zur Frage zu liegen, warum dieser Erlass so spät gekommen ist und warum er den nicht länger zu verbergenden Misständen so zaghaft zu Leibe geht.

Wann wird Herr Dietrich in diesem Punkte endlich in seinem eigenen Ministerium nach dem Rechten sehen? Wenn er sich dabei von den leitenden Beamten

schlecht beraten fühlen sollte, so empfehlen wir ihm, sich einmal eingehend nach den Massnahmen zu erkundigen, die Herr Luther in den Jahren 1923 bis 1924 als Reichsfinanzminister ergriffen hat, um nach Beendigung der Inflationszeit die Reichskasse wieder zu füllen. U.a. ist Herr Luther damals mit viel grösserer Energie vorgegangen, und diesem Vorgehen war es nicht zuletzt zu danken, dass die Stabilisierung der Reichsfinanzen und damit der Währung glückte. Wenn nicht auch jetzt wieder die Sonderinteressen der "Wirtschaft" den Allgemeininteressen des Staates mit der gleichen Rücksichtslosigkeit untergeordnet werden, besteht die grosse Gefahr, dass die augenblicklichen Zahlungsschwierigkeiten den Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen nach sich ziehen.

SPD. München, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Den zahlreichen Geheimbefehlen der Hitler-SA zur Vorbereitung des Bürgerkrieges, die der Weilheimer Landfriedensbruchprozess zu Tage förderte, reihte der Verteidiger der angeklagten Reichsbannerleute in seinem Plädoyer aus dem umfangreichen Aktenmaterial noch einen neuen SA-Geheimbefehl an, aus dem unzweifelhaft hervorgeht, dass die Nationalsozialisten planmässig und systematisch auf blutige Auseinandersetzungen mit dem Gegner vorbereitet sind.

Der Befehl datiert vom November 1930 und trägt die harmlose Ueberschrift: Anweisung für die Winterarbeit. Er ist gezeichnet vom Osaf-Stellvertreter Süd. Ziffer 4 des Befehls lautet: "Das Tempo der Ausbildung von Sani-Männern (Sanitätsmännern) ist zu beschleunigen. Es ist notwendig, dass jeder Sturm über mindestens 6 in den Kursen vom Roten Kreuz ausgebildete Sanimänner verfügt. Darüber hinaus muss es ermöglicht werden, dass aus dem Sturm mindestens weitere 10 Leute in der notwendigen Technik der ersten Hilfeleistungen ausgebildet werden. Es kann - bei Autotransporten und Saalschlachten - sehr leicht vorkommen, dass bei Verletzungen irgendwelcher Art ein Sanimann nicht gleich zur Stelle oder arbeitsfähig ist. Für diesen Mann müssen im Sturm Hilfssanimänner zur Verfügung stehen, die zum Mindesten einen sachgemässen ersten Verband anlegen können. Jeder SA-Mann muss ausserdem ein Verbandspäckchen bei sich tragen."

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

"Die Besprechungen zwischen Reichskanzler Brüning, Dr. Curtius, Mr. MacDonald und Mr. Henderson, die am Dienstag-Vormittag in der Reichskanzlei begannen, wurden nachmittags in einem weiteren freundschaftlichen Gedankenaustausch fortgesetzt und beendet. Einer der Hauptgegenstände der Besprechung war die Frage, wie die Beschlüsse der Londoner Konferenz am besten in konstruktiver Weise in die Praxis umzusetzen wären. Die englischen und deutschen Minister besprachen weiterhin die allgemeine Wirtschaftslage und die Massnahmen, die zur Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet getroffen werden könnten. Die Inkraftsetzung des internationalen Arbeitszeitabkommens für den Bergbau wurde in Erwägung gezogen. Das Abrüstungsproblem wurde im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die kommende Abrüstungskonferenz erörtert.

Die Besprechungen trugen einen ausserordentlich freundschaftlichen Charakter und es herrschte allgemein Uebereinstimmung darüber, dass die persönlichen Fühlungen, welche durch die Zusammenkünfte in Chequers, Paris und London in so glücklicher Weise geschaffen wurden, fortgesetzt und ausgebaut werden müssten.

SPD. Stuttgart, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Mit grösster Schärfe wendet sich das Organ des württembergischen Zentrums gegen die Haltung der nationalsozialistischen Presse. Das Stuttgarter Nazi-Blatt hatte über die Massnahmen der Reichsregierung zur Sicherung der Erntefinanzierung unter dem über die ganze Seitenbreite gedruckten Titel "Gefährdung der Brotversorgung" berichtet und im Anschluss daran den Rücktritt der führenden Männer verlangt. Das Zentrumsblatt stellt das in Parallele mit der Art, wie das Stuttgarter Kommunistenblatt vor wenigen Tagen in grösster Aufmachung die bevorstehende Inflation angekündigt hatte und schreibt dazu:

"Die beiden Blätter ergänzen sich wunderbar! Gegen ein solches verwerfliches Tun müsste überall entschieden Front gemacht werden. Wir jedenfalls halten es für unsere Pflicht, das gemeingefährliche Treiben des nationalsozialistischen Blattes ins hellste Licht zu stellen, damit die Öffentlichkeit sieht, zu welcher gefährlichen Waffen die nationalsozialistische Presse greift."

SPD. Die Parole der KPD, am 9. August Seite an Seite mit dem Stahlhelm und den Faschisten für den Volksentscheid gegen die preussische Regierung zu stimmen, hat innerhalb der kommunistischen Anhängerschaft stärkste Verwirrung ausgelöst. Also kam man auf die perfide Idee, den Stahlhelm-Volksentscheid in einen "Roten Volksentscheid" umzulügen. Dieser Schwindel hat jetzt die rechtsradikale Rheinisch-Westfälische Zeitung auf den Plan gerufen. Sie schreibt an die Adresse der KPD gerichtet:

"Die Kommunisten werden sich auch einzeichnen. Sie kündigen es jedenfalls an. In dicken Lettern rufen sie zum "Roten Volksentscheid" auf. Dieser Entscheid scheint plötzlich ihre eigenste Angelegenheit geworden zu sein. Aber sie täuschen sich. Niemand von denen, die in diesem Volksentscheid massgebend führen, hat etwas dagegen, wenn sich möglichst viele Bewohner des Freistaates Preussen in die Listen einzeichnen. Um so grössere Stosskraft erhält dieser Angriff wider den Marxismus. Aber auch nicht um Haaresbreite wird dieser Angriff abgelenkt, mag sich einzeichnen wer will. ... Sollten die Kommunisten versuchen, in dieser Zeit Unruhe zu schaffen, so muss mit allen Mitteln durchgegriffen werden. Ziel des Volksentscheids ist u.a. einen energischen Kampf gegen den Kommunismus zu ermöglichen, dem man in Preussen noch in allerletzter Zeit durch die Erlaubnis zu der Spartakiade eine Vorzugsstellung vor der Rechten einräumen wollte, so dass die Reichsregierung eingreifen musste."

Ob die Zentrale der KPD wenigstens nach dieser Erklärung von autorisierter Seite über den Sinn des Volksentscheids einsieht, dass sie im Begriff steht, Selbstmord zu begehen? Deutlicher kann ihr wohl kaum gesagt werden, dass sie sich mit ihrer Politik selbst an den Galgen bringt.

SPD. Braunschweig, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Die bürgerlichen Kreise des Landes Braunschweig wurden von dem Rücktritt Franzens völlig überrascht. Die Bestrebungen einzelner bürgerlicher Politiker gehen zunächst dahin, die Nationalsozialisten in irgend einer Form zur Unterstützung einer rein bürgerlichen Regierung zu veranlassen. Ob diese Absichten gelingen ist zweifelhaft.

SPD. Die Frist zur Ablieferung oder Anzeige von Devisen im Gesamtbetrage von 20 000 Reichsmark und darüber für den einzelnen Anzeigepflichtigen unter Hinzurechnung der Devisen seiner Ehefrau und der mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kinder läuft am 29. Juli 1931 ab. Eine Verlängerung dieser

Frist ist nicht beabsichtigt. Lediglich für die Inhaber von Währungskonten bei inländischen Kreditinstituten ist mit Rücksicht darauf, dass die Verpflichtung dieser Inhaber zur Ablieferung oder Anzeige ihrer Währungsguthaben erst in der zweiten Durchführungsverordnung zur Kapitalfluchtverordnung klargestellt worden ist, die Frist bis zum 5. August 1931 erstreckt worden. Auch hier besteht jedoch Ablieferungs- oder Anzeigepflicht bis zum 5. August nur in den Fällen, in denen das Währungskonto zuzüglich des sonstigen Devisenbesitzes den Gegenwert von 20 000 Reichsmark erreicht oder übersteigt.

-----

SPD. Paris, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Die französische Regierung hat durch eine Verordnung die Einfuhr von Kohlen und Briketts von einer Genehmigung abhängig gemacht. Die Verordnung wird damit begründet, dass zahlreiche Länder Massnahmen getroffen haben, die geeignet sind, den französischen Kohlenhandel zu erschweren. Um den französischen Grubengesellschaften den vollen Absatz ihrer Produktion, der durch die allgemeine Wirtschaftskrise schon um 10 Prozent nachgelassen hat, zu ermöglichen, soll die ausländische Kohleneinfuhr etwa um ein Drittel, d.h. um acht Millionen Tonnen jährlich verringert werden.

-----

SPD. Der englische Ministerpräsident empfang am Dienstag Mittag anlässlich seines Berliner Aufenthaltes die deutsche Presse. MacDonald dankte zunächst für den ihm bei seiner Ankunft zuteil gewordenen herzlichen Empfang. Der Zweck seiner Anwesenheit in Berlin sei, die persönliche Fühlungnahme mit den deutschen Staatsmännern, die in London angebahnt worden sei, fortzusetzen. MacDonald fuhr fort, dass die Qualität des Deutschen Volkes, seine wirtschaftliche und seine finanzielle Stärke es auch diesmal über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegbringen werde. Er gebe zu, dass noch weitere Schwierigkeiten zu überwinden seien, aber er sei überzeugt, dass die Deutschen sich als Volk hindurchbringen würden und kein Deutscher seine Nation im Stich lassen werde. Der Deutsche sei mit Recht ein stolzer Staatsbürger, und dieser Stolz werde ihm die Kraft geben, die Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn sie überwunden seien, dann heiße es, durch eine Zusammenarbeit der Völker die Beruhigung der internationalen Atmosphäre herbeizuführen.

Im Anschluss an diese Erklärungen beantworteten MacDonald und Henderson einige Anfragen. Mit grosser Entschiedenheit lehnte er die frühere britische Politik der "balance of power" ab. Sie stehe im diametralen Gegensatz zu der Politik seiner Regierung. Die Labour-Politik sei umgekehrt auf die Zusammenarbeit der Völker eingestellt. Sie erstrebe Sicherheit und Abrüstung. Das Hoover-Jahr, so betonte MacDonald ferner, sei ein ausserordentlich wertvoller Beitrag zur Beilegung der augenblicklichen Schwierigkeiten. Inbezug auf die Goldabzüge aus der Bank von England würden viel Propaganda- und psychologische Motive mitsprechen. England habe bei der Unterstützung Österreichs und Deutschlands willig seinen Beitrag geleistet und werde es auch weiterhin tun.

Ein Vertreter der Stahlhelm-Presse erwähnte, dass MacDonald in seinem Toast für Brüning am Montag abend von dem Idealismus der deutschen Jugend gesprochen habe. MacDonald erwiderte darauf, dass er von dem Idealismus und dem guten Willen der Jugend aller Völker gesprochen habe und dass nichts so fürchterlich sei, als wenn die Begeisterungsfähigkeit der Jugend aller Länder durch Feindschaft und Hass verdorben und gestört würde.

+ + +

Am Dienstag-Mittag weilten MacDonald und Henderson im Kreise von Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteileitung und der Leitung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei dem preussischen Ministerpräsidenten

zu Gast. Die Veranstaltung trug rein privaten Charakter und bot Gelegenheit zu einer herzlichen Aussprache über zahlreiche, vor allem Deutschland interessierende, Probleme.

Die Abgeordneten Wels und Breitscheid, die eigens zu dieser Aussprache auf einen Tag von dem Wiener Kongres nach Berlin zurückgekehrt waren, sind am Dienstag-Abend wieder nach Wien abgereist.

---

SPD. Wien, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Mörder des früheren Kommunisten Semmelmann verweigert über seine Persönlichkeit nach wie vor jede Auskunft. Da behauptet wurde, dass er ein Jugoslawe namens Piklovic sei, erklärt die jugoslawische Gesandtschaft in Wien, dass ein solcher Name in ihrem Lande überhaupt nicht bestehe. Tatsächlich hat dieser Name eher polnischen Charakter, doch hat man genaue Anhaltspunkte über die Person des Täters bis jetzt noch nicht.

---

SPD. Am Dienstag haben sich die beteiligten Reichsministerien mit dem Plan eines Teilmoratoriums für die Landwirtschaft beschäftigt, den die Vertreter der Grünen Front vor einigen Tagen der Regierung vorgetragen haben. Bei einzelnen Ministerien scheint Neigung zu bestehen, diesem Projekt entgegen zu kommen. Man beruft sich dabei auf die Auswirkungen der Kreditrestriktionen und die Schwierigkeiten der Erntefinanzierung.

Der Plan eines Teilmoratoriums für die Landwirtschaft, nach dem Schulden bei Inhabern von land- und forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben, die bis zur neuen Ernte 1931 entstanden sind, sowie die Zinsen aus diesen Schulden, zumindest nicht bis Ende 1931 eingefordert werden können, ist nicht neu. Man erinnert sich, dass Hugenberg schon im vorigen Jahre einen dergleichen Plan entwickelte. Wenn sich das Reichskabinett auf dieses Projekt einlässt, werden die Folgen unübersehbar sein. Selbstverständlich ist der Gedanke, der Sorgen um seine Schulden durch ein Moratorium ledig zu werden, sehr verlockend. Für den Augenblick würden auch etwa 80 bis 90 Prozent in der ostdeutschen Landwirtschaft - für diese kommt das Teilmoratorium in Frage - von einer derartigen Aktion profitieren. Die Freude würde aber nur kurz sein. Das Moratorium würde nicht nur das westdeutsche Kapital, das jetzt noch in der ostdeutschen Landwirtschaft tätig ist, vertreiben, sondern müsste auch dazu führen, dass das ostdeutsche Kapital auswandert. Denn die Kapitalgeber würden sich sagen, dass die Landwirtschaft im Winter sicher nicht zahlen wird, wenn sie schon jetzt zur Zeit der Ernte, wo die Landwirtschaft in den Besitz von neuen Mitteln kommt, nicht zahlt. Ein Moratorium müsste den Zusammenbruch des ganzen ostdeutschen Kredits zur Folge haben.

Wenn die Führer der Grünen Front sich der Tragweite ihrer Forderungen nicht bewusst sind, so sollte wenigstens das Reichskabinett Verständnis für die drohenden Gefahren eines Teilmoratoriums für die Landwirtschaft haben.

---

SPD. Wien, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

In der politischen Kommission des Internationalen Kongresses wurde am Dienstag über das Referat Otto Bauers weiter diskutiert. Es sprachen der englische Unabhängige Stephens, Léon Blum Frankreich, Dr. Leo Winter-Prag und als letzter mit herzlichem Beifall begrüsst Dr. Hermann Liebermann-Warschau, der das Opfer des Pilsudski'schen Schandregimes in Brest Litowsk gewesen ist. In der sehr hochstehenden Debatte spielte auch eine Erörterung über die Friedensverträge eine grosse Rolle. Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt.

Es wird wahrscheinlich eine Unterkommission zur Ausarbeitung einer Kundgebung eingesetzt werden.

Auch die anderen Kommissionen setzen am Mittwoch ihre Arbeiten fort.

---

SPD. Dortmund, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Der frühere Reichstagsabgeordnete des Zentrums Nientimp wurde am Dienstag-Abend wegen Verstosses gegen § 12 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Mitangeklagte Hundertmark erhielt die gleiche Strafe. Die Schmiergelder Nientimps in Höhe von 93 000 Mark und bei Hundertmark in Höhe von 47 000 Mark wurden der Staatskasse für verfallen erklärt. Die beiden Angeklagten Horeysek und Lindemann werden freigesprochen. Die Erklärungen dieser Angeklagten, sie hätten im Auftrage bzw. im guten Glauben gehandelt, waren nicht zu widerlegen.

Der Staatsanwalt hatte für Nientimp und Hundertmark je 7 Monate Gefängnis und Einziehung von 75 000 Mark der erhaltenen Gelder, für Horeysek 10 000 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis und für Lindemann Freispruch wegen mangelnder Beweise beantragt.

---

SPD. Der Reichspräsident empfing am Dienstag-Vormittag den Britischen Ministerpräsidenten Ramsey MacDonald und den Britischen Aussenminister Henderson, die von dem Britischen Botschafter in Berlin Sir Rumbold begleitet waren.

---

SPD. Bochum, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Verlag der nationalsozialistischen Tageszeitung "Rote Erde" in Bochum, die z. Zt. verboten ist, wollte am Dienstag unter dem Namen "National-Anzeiger" eine Ersatzzeitung herausgeben. Die Zeitung wurde beim Erscheinen beschlagnahmt.

---

SPD. "Der Adelsmarschall" von Berg-Markienen fordert in der "Kreuzzeitung" den "deutschen Adel in Preussen" auf, für den Volksentscheid zu stimmen. Hand in Hand mit der KPD!

---

SPD. Die Reichsregierung hat am Dienstag eine neue Notverordnung erlassen, nach der der Zahlungsverkehr für die Zeit vom Mittwoch bis Sonabend dieser Woche geregelt wird. Die Erleichterungen gegenüber dem bisherigen Zustand sind nur gering. Es ist jedoch in Aussicht genommen, die völlige Freigabe des Zahlungsverkehrs ab Montag der kommenden Woche zu ermöglichen. (s. Wirtschaftsteil).

---

SPD. München, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Es bestätigt sich, dass der Stabschef Hitlers, der "schwüle Hauptmann" Röhm durch den Putschisten-Major Pabst ersetzt wird. Röhm ist inzwischen in Urlaub geschickt worden, von dem er nicht mehr in sein Amt zurückkehren wird.

---



SPD. Wien. 28. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Dienstagsitzung des Internationalen Kongresses führten Möller-Schweden und Albarda-Holland den Vorsitz. Der internationale Sekretär Friedrich Adler teilte mit, dass eine Unzahl Begrüssungstelegramme eingegangen sei, darunter auch von sozialistischen Parteien, die der Internationale noch nicht angeschlossen seien, so von Irland, Südafrika und Kanada.

Unter lebhaftem Beifall ergriff dann Nogi-Japan das Wort, der in englischer Sprache die Solidarität der japanischen Sozialdemokratie mit der Internationale verkündete und eine Botschaft des japanischen Parteivorstandes. Professor Abe verlas: "Wir entbieten den Bruderparteien, den Vorkämpfern des Sozialismus, Grüsse und Glückwünsche. Auch wir leiden unter der Spaltung der Arbeiterschaft, aber wir halten unverbrüchlich daran fest, dass nur der Weg der Demokratie zum Sozialismus führt und zur Befreiung des Proletariats. Die japanische Arbeiterbewegung ist besonders gefördert worden durch die russische Revolution von 1917 und durch den Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei von 1924. Unsere Augen sind gerichtet auf das, was die britische Arbeiterregierung an sozialistischer Aufbauarbeit leistet".

Otto Friedländer-Berlin spricht für die sozialistischen Studenteninternationale: "Unsere Organisation besteht seit 1926. Ihre Mitgliederzahl ist inzwischen von 4 500 auf 10 000 gestiegen. Der Intellektuelle ist mehr und mehr zum Angestellten geworden und eingereiht in das grosse Heer der Schaffenden. Er befindet sich in den Reihen der Arbeiterschaft. Der auf den Hochschulen herrschende Faschismus ist die grösste Gefahr für die Arbeiterbewegung. Von den etwa 130 000 reichsdeutschen Studierenden sind mindestens 60 Prozent faschistisch gesinnt. Das sind die künftigen Aerzte und Richter des deutschen Volkes. Wir müssen alle Kraft zur Bekämpfung dieser Gefahr aufwenden. In Litauen konnten wir dazu beitragen, dass 15 Freunde vom Tode gerettet wurden. Auch ist der polnische Genosse Ciolkosz durch unsere Bemühungen vor dem Gefängnis bewahrt worden. Wir protestieren auch hier gegen die Verfolgung unseres Genossen Louis Moulin, der vor das faschistische Sondergericht kommen soll, und fordern sie auf, sich unserem Protest gegen diese Knechtung der Wissenschaft und gegen dieses Unrecht anzuschliessen". (Lebh. Beifall.)

Anschliessend wird die Abrüstungsdebatte fortgesetzt. Vom Kongress lebhaft begrüsst spricht zunächst der parlamentarische Sekretär des britischen Aussenministers Arthur Henderson, Philipp Baker: "Wir wollen eine Welt erkämpfen, die frei ist vom Kriege. Die Abrüstung kann nicht mehr hinausgeschoben werden. Von den Regierungen, die den Kriegsächtungspakt unterzeichnet haben, verlangen wir, dass sie die Folgerung ziehen und ihr feierliches Gelöbnis erfüllen, die Waffen zu strecken, die nun nutzlos geworden sind. Wir stellen den Völkerbund in den Dienst der Abrüstung. De Brouckère und Arthur Henderson haben gezeigt, was Männer von Mut für die Förderung der Abrüstung auch im Völkerbund tun können. Jeder Sozialist muss es als seine Aufgabe ansehen, ein Wächter des Völkerbundes zu sein, damit dieser seine Aufgabe, die Abrüstung durchzusetzen, besser erfüllt als in der Vergangenheit. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Staaten und Völker in bezug auf die Abrüstung. Unsere deutschen Freunde machen wir darauf aufmerksam, dass General von Seeckt vor einigen Wochen erklärt hat, wenn die Abrüstungskonferenz nicht sofort für alle Staaten die gleiche Abrüstung vorschreibe, wie sie für Deutschland besteht, müsse Deutschland die volle Aufrüstungsfreiheit sich wieder nehmen. Nicht in der Aufrüstung der besiegten Länder, sondern in der allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen liegt der Fortschritt. Es wird nicht lange dauern bis die Abrüstung auch in den anderen Staaten soweit gebracht ist, wie bei den seinerzeit besiegten Ländern. Wir schliessen uns vollkommen der Forderung von Jouhaux an, dass die Entwaffnung international kontrolliert werden muss, und dass die Gewerkschaften die besondere Aufgabe haben, in den Rüstungsfabriken die genaue Beachtung der Einschränkungsvorschriften zu überwachen und durchzusetzen. Der deutsche Rüstungsindustrielle von Gontard hat gezeigt,

wie man aus Blut Gold machen kann. Vor dem Kriege hat er mit der französischen nationalistischen Presse konspiriert und es ist ihm gelungen, in den "Figaro" und in das "Echo de Paris" Artikel hineinzubringen, die die reiche Ausrüstung der französischen Armee mit Maschinengewehren schilderten, wodurch auch Deutschland zur Nachahmung gebracht wurde und Gontard goldbringende Aufträge erhielt. Dieser Vaterlandsverräter von Gontard hat aber seinen Angestellten Bullerjahn auf viele Jahre ins Zuchthaus gebracht. Unter Sozialisten kann kein Zweifel darüber sein, wer eher ins Zuchthaus gehört, der Industrielle, der mit dem Ausland gegen das eigene Land konspiriert, oder der Angestellte, der vielleicht seine Angestelltenpflicht verletzt hat, um die Ehre seines Landes zu retten. Wir verlangen in der Entschliessung ein internationales Verbot der Bestrafung von Enthüllungen über verbotene Rüstungen, um solche Urteile, wie sie gegen Bullerjahn und gegen viele andere ergangen sind, in Zukunft unmöglich zu machen. Wir wollen laut unserer Entschliessung ein so grosses Mass von Abrüstung erkämpfen als gegenwärtig nur zu erkämpfen ist. Wenn man diese Beschränkung auf das möglichste als unzureichend oder gar als einen Verrat bekämpft, so treibt man geradezu Defaitismus im Angesicht des Feindes. Man verlangt von uns, dass wir ohne Rücksicht auf die andern Länder vollkommen abrüsten, aber es ist klar, welche Schwierigkeiten einem solchen Vorschlag gegenüberstehen. Es ist lächerlich zu behaupten, dass die Erfüllung unserer Forderungen nichts bedeuten würde. Wir müssen, wie die Resolution weiter verlangt, eine weltumfassende Propaganda entwickeln. Nur unehrlicher Weise kann man bestreiten, dass die Erfüllung unserer Entschliessung keinen Fortschritt auf dem Wege der Abrüstung bedeuten würde. Sie würde aller Prestigepolitik einen schweren Stoss versetzen. Unseren bürgerlichen Gegnern geht unser Programm sicherlich viel zu weit, indem wir eine wirksame Einschränkung der Rüstungen fordern. Die englische Flotte ist von zwei Millionen Tonnen auf 1,5 Millionen herabgesetzt worden, weitere Einschränkungen sind bereits im Gange. Bei dem letzten Luftmanöver von 1 500 Flugzeugen über London, dem ich von der Terrasse des Unterhauses zusah, konnte ich mich eines grausigen Schreckens nicht erwehren, wie das im Ernstfälle ausgehen würde. Und ich habe mich gefragt, was die gerade in London versammelten Minister einer ganzen Anzahl grosser Staaten dabei gefühlt haben. Nach den Erklärungen von Fachleuten würde ein solches Aufgebot von Flugzeugen eine derartige Vernichtung anrichten, dass von London nicht viel übrig geblieben wäre. Wir fordern in der Entschliessung auch die radikale Verwirklichung des Verbotes gegen den chemischen und bakteriologischen Krieg. Wir werden die Regierungen, die auf der Abrüstungskonferenz vertreten sind und die die Abrüstung erschweren oder bekämpfen als Todfeinde der Menschheit ansehen und sie dementsprechend bekämpfen. Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde eine sehr traurige Epoche für die Menschheit anbrechen lassen. Der französische Ministerpräsident, selbst ein Konservativer, hat vor kurzem erklärt, dass er das Heil nur in der Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich sieht, worin die einzige Garantie für die Sicherheit Frankreichs liege. Damit ist die letzte Rechtfertigung für die Rüstungen verschwunden und die einzige Lösung ist natürlich die Abrüstung. Es wäre ein furchtbarer Bankrott für die Welt, wenn die Konferenz scheiterte. Die internationale sozialistische Arbeiterschaft muss dafür sorgen, dass die Konferenz zu einem Erfolg wird." (Sturm.Beifall).

Andersen-Dänemark: "Die Kriegsgefahr wurzelt in den Resten des alten Systems, die noch eine erschreckende Macht haben. Wir würden heute nicht vor der Abrüstungskonferenz stehen, wenn nicht die sozialistische Arbeiterklasse seit Jahren ununterbrochen einen Druck auf die Regierungen und auf die öffentliche Meinung ausgeübt hätte. Wir kleineren Völker haben keine Hoffnung, uns durch Waffengewalt zu behaupten. Wir sehen unsere Freiheit nur dann unbedroht, wenn auch die grossen Mächte abgerüstet haben. Wir in Dänemark sind eben daran, unsere Wehrmacht in eine Grenz- und Seepolizei umzuwandeln. Die Gesamtstärke soll 16 000 Mann betragen, und zwar sollen jährlich 1 600 Mann durch vier bis fünf Monate ausgebildet werden und dann 12 Jahre zur Verfügung

stehen - was aber nur für diejenigen gilt, die nicht vorher mitgeteilt haben, dass sie von diesem Dienst befreit sein wollen. Aus den übrigen über 20 Jährigen sollen die Einzustellenden ausgelost werden. Durch dieses System glauben wir die Bildung eines Berufsheeres zu verhindern. Ausserdem sollen alle privaten Militärverbände jeder Art verboten und aufgelöst werden. Wir protestieren gegen die schamlosen Verleumdungen, die in gewissen auch französischen Zeitschriften erschienen sind und die behaupten, dass Dänemark mit seiner See-polizei die Belte für die französische Flotte auf alle Fälle offen halten müsste, wenn sie einem Freunde Frankreichs in der Ostsee beizustehen hätte. Wir wollen uns in Kämpfe anderer Staaten niemals einmischen, auch wenn Sir Austen Chamberlain einem dänischen konservativen Journalisten eine ähnliche Vermutung ausgesprochen hat, wie eben die französischen Zeitschriften. Das dänische Volk wird sich niemals in irgend welchen fremden Kriegsdienst verwenden lassen und die sozialdemokratische Presse der grossen Länder sollte mit Rücksichtslosigkeit alle Anschläge gegen die dänische und gegen die allgemeine Abrüstung vereiteln." (Lebhafter Beifall.)

Kirkwood von der englischen unabhängigen Arbeiterpartei sprach überaus temperamentvoll und unter satirischen Ausfällen auf die britische Arbeiterregierung und auf die Arbeiterpartei in dem Sinne, dass England ohne Rücksicht auf die Abrüstung der anderen selbst abrüsten müsse. Er machte MacDonald einen besonderen Vorwurf daraus, dass er mit Lloyd George und Baldwin zusammen auf einer grossen Abrüstungskundgebung in der Albert Hall gesprochen hat, was von der erdrückenden Mehrheit des Kongresses mit Heiterkeit aufgenommen wird. Die Schlusssaufforderung des Redners, keinerlei Kompromisse zu schliessen und einen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, findet den Beifall einer ziemlich kleinen Minderheit.

Die nächste Plenarsitzung des Kongresses wird erst am Donnerstag abgehalten. Die Abrüstungsdebatte soll dann beendet werden.

-----

SPD. Das Reichsfinanzministerium weist ausdrücklich darauf hin, dass durch die Ausreisegebühr von 100 RM der Verkehr mit Ostpreussen in keiner Weise beeinträchtigt wird.

Bei Bahnfahrten nach Ostpreussen durch den Korridor in privilegierten Zügen bedarf es eines Passes überhaupt nicht. Aber auch Bahnfahrten in nicht privilegierten Zügen und Seefahrten nach Ostpreussen unterliegen nach § 3 Nr. 6 der Durchführungsbestimmungen nicht der Gebühr für Auslandsreisen. Endlich sind auch Kraftwagenfahrten durch den Korridor nach Ostpreussen durch besondere Anweisung der Grenzbehörden von der Ausreisegebühr freigestellt.

-----

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Hetze wie im Kriege.

SPD. Die Chauvinisten bleiben immer dieselben. Eine deutsche Industriefirma, die Elektrizitätsgesellschaft Sanitas-Berlin, verschickt eine öffentliche Erklärung, die ein Musterbeispiel eines nationalistischen Versuches ist, die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu vergiften. Diese Erklärung geht auf von einem Beschluss, den der Vorstand der Deutschen Röntgen-Gesellschaft am 14. Juli gefasst hat. Darin heisst es :

"Der Vorstand der Deutschen Röntgen-Gesellschaft hält sich nach reiflicher Ueberlegung für verpflichtet, im Hinblick auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse darauf hinzuwirken, dass die Teilnahme an dem dritten internationalen Radiologen-Kongress in Paris von seiten deutscher Mitglieder sich so niedrig wie irgend möglich hält, und bittet daher dringend, dass möglichst nur die Herren an dem Kongress teilnehmen, welche Delegierte sind, ein Ausschussamt vertreten oder einen sehr wichtigen Vortrag angemeldet haben und dringenden Wert darauf legen, denselben dort zu halten. Es wird ferner erwartet, dass auch diese Herren sich bewusst sind, dass sie in schwerer Zeit ins Ausland reisen, sich sonach persönlich nicht hervorkun und sich von allen offiziellen Vergnügungen möglichst zurückhalten. Falls die zukünftige politische Entwicklung es erforderlich erscheinen lässt, muss noch mit einer vollständigen Absage der Deutschen Röntgen-Gesellschaft für alle Teilnehmer gerechnet werden. gez. I. A.: Professor Haenisch."

Dass doch immer gerade Mediziner, denen die Menschlichkeit von Berufs wegen naheliegen sollte, mit zu den ersten gehören müssen, die an der Zuspitzung menschlicher Beziehungen arbeiten. Es ist kein Zweifel, dass dieser Beschluss der Deutschen Röntgen-Gesellschaft durchaus nicht dem Geiste entspricht, der in der bekannten Rundfunkrede des Reichskanzlers zum Ausdruck kam. Die Röntgen-Gesellschaft hat sich immerhin bemüht, ihren Beschluss als eine Frage des Taktes erscheinen zu lassen. Die Gesellschaft Sanitas jedoch gibt ihm eine ganz offene politische Ausdeutung. Sie erklärt :

"Die weitere inzwischen erfolgte Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Situation und die unerhört feindselige Haltung, die Frankreich Deutschland gegenüber eingenommen hat, machen es uns jetzt jedoch vollends unmöglich, unsere schon damals nur mit Widerwillen gegebene Zusage zur Beteiligung an der Ausstellung aufrechtzuerhalten. In dieser Stunde nach Paris zu gehen, wo Frankreich das militärisch, politisch und wirtschaftlich wehrlose Deutschland mit Füßen tritt, halten wir als deutsche Industriefirma mit unseren Gefühlen für unvereinbar."

Das ist derselbe Geist, der die berüchtigte Professorenerklärung in der Kriegszeit erfüllte! Eine Firma, die Apparate zur Heilung Kranker herstellt und gleichzeitig die Beziehungen zwischen den Völkern vergiften will, hat entschieden ihren Beruf verfehlt. Das fehlte gerade noch, dass alle Bemühungen um die deutsch-französische Verständigung von politisch bornierten Geschäftsführern von Industriefirmen in so frivoler Weise durchkreuzt werden!

Auweis Sprössling.

Der Hakenkreuzprinz August Wilhelm hat in Königsberg Bekanntschaft mit der Gummiknüppel der preussischen Polizei gemacht. Wir haben uns seitdem erlaubt, seinen Namen Prinz Auwi in Prinz Auwei umzuändern. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm und so hat Auweis Sprössling Alexander ebenfalls Bekanntschaft mit

der Polizei gemacht. Alexander war mit seinem Papa Auwei in Bayreuth zur Verschönerung eines Hakenkreuz-Klamauks erschienen. Nach der Versammlung begleitete er ein Bayreuther Hakenkreuzdämchen nach Hause. Als ihm zwei bekannte Bayreuther Sozialdemokraten begegneten, flüsterte ihm seine Begleiterin zu: "Das sind Sozis." Darauf gröhlte der Auwei-Sprössling: "Hui, pfui! Sozi! Reichsbanner!" Die beiden Sozialdemokraten liessen den Schimpfbold von zwei Polizeibeamten feststellen und auf die Hauptwache bringen, wo sich herausstellte, dass das Bürschchen der Prinz Alexander von Hohenzollern war. Auwei kann stolz auf seinen Sprössling sein! In Deutschland aber hat sich doch manches geändert. Dass Wilhelms Nachkommen auf der Strasse Sozialdemokraten persönlich anpöbeln und dafür auf die Polizeiwache gebracht werden, ist entschieden eine demokratische Erscheinung.

#### Hitler-Seuche bei Behörden.

---

In Bayern hat die regierende Bayerische Volkspartei alle Hakenkreuzfrechheiten solange geduldet, dass sich die Hakenkreuzpest in den Behörden festgefressen hat. Von Objektivität der Verwaltung ist in den betroffenen bayerischen Behörden längst keine Rede mehr. Hier ist ein Beispiel aus dem bayerischen Bezirksamt Planegg. Dort warben die Hakenkreuzler mit Plakaten für eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: "Die Pest des Marxismus". Das Bezirksamt hatte gegen die Plakate nichts einzuwenden. Das Reichsbanner wollte nun Versammlungsplakate mit dem Thema "Die Hitler-Seuche" anschlagen. Diese Plakate wurden nicht zugelassen mit der Begründung, dass das Thema geeignet sei, "die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden". "Pest des Marxismus" erlaubt, "Hitler-Seuche" verboten - besser konnte die doppelte Moral dieser Verwaltung nicht blossgestellt werden.

#### Das Anstandsgefühl der Bankrotteure.

---

Ausgerechnet in der rechtsradikalen Zeitschrift "Der Ring" finden wir die folgende Betrachtung über die sogenannten Wirtschaftsführer:

"Weiter muss verlangt werden, dass Männer, die nicht den Beweis erbracht haben, mit den in heutiger Zeit gesteigerten Schwierigkeiten in der eigenen Geschäftsführung fertig zu werden oder deren vorübergehende Scheinerfolge auf der Ausnützung einer Notkonjunktur beruhen, dass diese Männer ein Anstandsgefühl besitzen, ihre Ratschläge selber zurückzuhalten. Gerade nach der Erfahrung der letzten Zeit sieht es hier noch nicht sehr hoffnungsvoll aus."

Das ist ein Schuss ins Schwarze. Er sitzt, und er trifft besonders die deutschen Schwerindustriellen! Was aber das Anstandsgefühl anbetrifft, das hier von ihnen gefordert wird, so kann man nur eines feststellen: - Fehlanzeige!

#### Verleumde heimlich!

---

Der Stahlhelm verschickt in Hamburg einen Bettelbrief für den schwarzweissen roten Volksentscheid. Er enthält den folgenden Satz: "Die letzten Wochen mit ihren Notverordnungen, ständigen Wirtschaftszusammenbrüchen, Unruhen, Plünderungen und politischen Morden zeigen, wohin uns ein System bringt, das letzten Endes seinen Rückhalt und seine Spitze in der sozialistischen preussischen Regierung hat. Sie zu beseitigen, Preussen und Deutschland wieder zu einem Staat wahrer Gerechtigkeit, Ordnung und Sauberkeit zu machen, ist unser Kampf." Dieser Satz ist eine dreiste Verleumdung gegen die preussische Regierung. Die Herren vom Stahlhelm haben indessen öffentlich weniger Mut als in ihren Briefen. Sie haben den Bettelbrief inzwischen inseriert, haben dabei aber mutig gerade diesen Satz weggelassen. Sie sind mutig nur im heimlichen Verleumden, feige gegenüber der Verantwortung!

# Aus aller Welt

## Der Dieb der Verfassung.

SPD. Vom Schöffengericht Berlin-Mitte wurde am Dienstag der 39jährige Kunstmaler Walter Wohlgemuth wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 3 Jahre Zuchthaus.

Vor wenigen Monaten wurde der Reichstags-Bibliothekar Dr. Stier während seiner Sommererholung durch die Meldung aufgeschreckt, dass ein unbekannter Täter den Schreibtisch in seinem Büro im Reichstag aufgebrochen habe. Als Dr. Stier von der Reise zurückkehrte, machte er die Feststellung, dass man ihm auf diese rabiate Weise für mehrere tausend Mark Silberwaren entwendet habe. Er war des Glaubens gewesen, dass der Reichstag für sein privates Silber-Gut ein besonders sicherer Hort sei. Ein Glaube, der sich leider als ein grosser Irrtum herausstellte.

Kurze Zeit darauf wurde festgestellt, dass die Diebe nicht einseitige Silberspezialisten waren, sondern Leute mit literarischen, ja sogar historischen Neigungen. Denn es fehlten aus dem "Giftschrank" der Bibliothek einige nicht ganz wertlose Bücher, und vor allem fehlte die Verfassungsurkunde des Deutschen Reiches vom 28. März 1849. Diese Urkunde ist ein wertvolles Dokument deutscher Geschichte. In rotem Leder gebunden und auf Pergament gedruckt enthält sie die Originalunterschriften sämtlicher Abgeordneter der Nationalversammlung in der Paulskirche. Seit 1871 befindet sie sich im Reichstag.

Die Recherchen der Kriminalpolizei führten rasch zum Erfolg. An Fingerabdrücken wurde festgestellt, dass als Täter der bereits vorbestrafte Kunstmaler Wohlgemuth aus Königsberg in Frage kommt. Er hatte durch kommunistische Abgeordnete, die ihn angeblich als Spitzel gegen die Nazis verwenden wollten, Zutritt zu den Fraktionsräumen erhalten. Der zweite Täter ist ein gewisser Rosenkreutz, er wird noch gesucht.

Flucht und Festnahme des Angeklagten waren unter reichlich grotesken Umständen vor sich gegangen. Zur Flucht nach der Schweiz hatte er sich entschlossen, als er in der Pfandleihe einen Teil des gestohlenen Silbers versetzten wollte, wie er hören musste, als der Pfandleiher am Telefon in einem Gespräch mit der Kriminalpolizei seinen Namen nannte. Sofort riss Wohlgemuth aus. Als er dann nach Monaten wohlgemuth aus den Schweizer Bergen nach Berlin zurückkehrte, da hatte er das Pech, von einem Auto angefahren zu werden. Auf der Rettungswache verlangte man seine Personalien. Er nannte sich "Stadtsekretär Goepel", den es nun aber leider gibt und der den Verlust seiner Papiere bereits bei der Polizei angezeigt hatte. Ob Wohlgemuth selbst dem Herrn Goepel die Papiere gestohlen hat, weiss man nicht. Aber jedenfalls stellte sich jetzt heraus, dass er nicht ein in Amt und Würden bestallter Stadtsekretär, sondern eben der gesuchte Wohlgemuth ist.

Vor Gericht erzählt der Angeklagte, in sentimentaler Weise um Mitleid werbend, die dramatische, einmal auch nach Amerika führende Geschichte seines Lebens. Er hat eine äusserst bewegte nicht sehr fleckenlose Vergangenheit hinter sich. Aber er weiss die ihm wiederholt zugestandene geistige Minderwertigkeit sehr geschickt für die Zwecke seiner Verteidigung auszunetzen. Es ist schwer zu entscheiden, was bei diesem übernervösen, beängstigend hysterischen

Mann, der imstande ist, stundenlang ohne Atem und Komma die tollsten Sachen zusammenzureden, gespielt und was echt ist. Einmal brüllt er den Richter an, es macht ihm nichts aus. Die bei den verschiedenen Vorstrafen des Angeklagten vorgenommenen medizinischen Untersuchungen kamen zu widersprechenden Ergebnissen. Zweimal wurde Wohlgemuth aufgrund des § 51 freigesprochen; einmal beim Militär. Aber das Schöffengericht Königsberg verurteilte den Angeklagten wegen eines raffinierten Bilderdiebstahls aus dem Besitz der Königsberger Gemädegalerie zu einer schweren Zuchthausstrafe. Das Berliner Gericht, das sich nicht gerade auf ein sehr eindeutiges und sicheres Gutachten stützen konnte, war zum Kompromiss geneigt und schien der Meinung zu sein, dass hier einer jener Fälle vorliegt, bei denen unsere Schulweisheit noch nicht imstande ist die Grenzen zwischen normal und anormal mit beruhigender Sicherheit zu ziehen.

+ + +

August Forel+.

SPD. In Joarne am Genfer See verstarb im Alter von 83 Jahren der hervorragende Sozialhygieniker und Naturforscher August Forel, der Ehrenpräsident der Weltliga für Sexualreform.

In der Person August Forels hatten sich die Eigenschaften vereinigt, die den grossen Wissenschaftler schaffen. Er war ungemein fleissig, gründlich und dazu voll Initiative, Kühnheit und Phantasie. Seine Ameisenforschungen sind klassisch und grundlegend und ein treffendes Beispiel des Leitspruchs: "Die Wissenschaft ist nicht um ihrer selbst sondern um der Menschen willen da." Die Gesellschaftsorganisation der Ameisen sollte als Beispiel zur Belehrung und Nachfolge für die Menschen dienen.

Forel schrieb weiterhin grundlegende Arbeiten über Hypnose und Hirnanatomie, sowie über andere Gebiete der psychiatrischen Wissenschaft. Ausgedehnte Reisen, die bis nach Westindien und Afrika führten, lieferten ihm immer neue Anregungen, neues Material. Als leitender Arzt der Schweizer Irrenanstalt Burgnölzli bei Zürich gewann er eine reiche psychiatrische Praxis. Seine Professur für Psychiatrie an der Universität Zürich liess sie gleichzeitig für viele wertvoll werden. Und seine Theorien der unbedingten Zurechnungsfähigkeit wirkten sich in der ganzen internationalen Rechtsprechung aus.

Vor allen Dingen aber führten Forels psychiatrische Arbeiten direkt zur Sexualwissenschaft, zu deren Begründern er zählt. Sein in 16 Sprachen übersetztes Buch "Die sexuelle Frage" - Forel selbst schrieb als Westschweizer sowohl deutsch als auch französisch - bahnte den Weg zur Sexualreform in einer Zeit, in der es noch unerlaubt kühn war, laut und offen über dieses Thema zu reden. Mit der ganzen Autorität seiner Persönlichkeit setzte sich Forel für eine neue sexuelle Ethik ein.

Es war nur konsequent, dass der grosse Vorkämpfer einer wirklich freien Menschheitswissenschaft sich auch gegen allen rassistischen Chauvinismus, gegen alle imperialistische Antikultur wandte und schliesslich Sozialist wurde. Auf zu vielen Einzelgebieten war er bereits vollkommener "Fachmann", als dass er nicht auch den einzigen grossen Weg gesehen hätte, der in die allgemeine Freiheit führt.

+ + +

Schiffskollision. In der Swinemünder Bucht rammte ein Torpedoboot den Dampfer "Stadt Rügenwalde". Das Schiff wurde stark eingedrückt, konnte jedoch über Wasser gehalten und in den Swinemünder Hafen eingeschleppt werden. Verletzt wurde niemand.

+ + +

Milde Sühne. Die Berliner Kaufmannsweibin Baake wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hatte aus Verzweiflung über den geschäftlichen Ruin ihres Mannes einen Revolveranschlag auf den Vizepräsidenten der Preussischen Bau- und Finanzdirektion versucht.

+ + +  
"Nautilus" auf See. Das U=Boot "Nautilus" des Amerikaners Wilkins, das ursprünglich mit dem Luftschiff "Graf Zeppelin" im Polargebiet zusammentreffen sollte, jedoch bereits bei seiner Reise von Amerika nach England Havarie erlitt, konnte nunmehr den Hafen von Plymouth verlassen. Das U=Boot lief nach Bergen (Norwegen) aus.

+ + +  
Hearst in Deutschland. Rudolph Hearst, der bekannte amerikanische Zeitungsverleger, traf zu einem längeren Kuraufenthalt in Bad Nauheim ein.

+ + +  
Nochmals Loeske=Prozess? Die vom Berliner Landgericht I und vom Kammergericht abgewiesenen Verwandten des verstorbenen Millionärs Loeske, die trotz gegenteiliger testamentarischer Bestimmungen Erbschaftsansprüche geltend machten, haben gegen die Berliner Urteile beim Reichsgericht Revision angemeldet. Loeskes Verwandten sind nach wie vor der Ueberzeugung, dass das Testament, das nicht ihnen, sondern der Freundin Loeskes das strittige Riesenvermögen zuspricht, gefälscht oder zumindest aus anderen Gründen rechtsungültig ist.

+ + +  
Abgebranntes Proviantamt. Bei einem Grossfeuer wurde ein grosser Teil des Magazinegebäudes des Reichswehrproviantamts Tilsit ein Raub der Flammen. 300 Tonnen Presstroh und fast 500 Tonnen anderes Stroh wurden vernichtet.

+ + +  
Erdrutschkatastrophe. Bei der Errichtung von Grenzbefestigungen an der albanisch-jugoslawischen Grenze kamen etwa 50 Erdarbeiter bei einem Erdrutschunglück ums Leben.

+ + +  
Vierfache Kindesmörderin. In Linde bei Jessen an der Elster wurde die Tochter eines Landwirts verhaftet, die geständig ist, innerhalb der letzten Jahre ihre vier Kinder umgebracht und vergraben zu haben.

+ + +  
Flucht von der Teufelsinsel. Auf Grund eines Beschlusses des englischen Staatsrates werden 3 französische Sträflinge, denen im Jahre 1930 die Flucht von der Teufelsinsel nach dem englischen Trinidad gelang, nicht an die französischen Behörden ausgeliefert, sondern in Freiheit gesetzt.

+ + +  
Neuer Flug Amy Johnsons. Die 19jährige englische "Baby=Fliegerin" Amy Johnson startete am Dienstag morgen um 2 Uhr in Begleitung ihres Fluglehrers in Lympne (Kent, England), traf nach vier Stunden bereits auf dem Tempelhofer Feld in Berlin ein und startete nach einstündigem Aufenthalt zum Weiterflug nach Königsberg, Moskau und Tokio, wo die Fliegerin am Sonntag eintreffen will. Amy Johnson war bereits vor wenigen Monaten zu einem solchen 13 000 Kilometer langen Ostasienflug gestartet, musste aber in Polen notlanden und ihr Vorhaben aufgeben.

+ + +  
Neue Flugrekorde? Auf dem Flugplatz New-York starteten die Flieger Boardman und Polando auf einer 325 PS Bellanca-Maschine zum direkten Rekordflug in Richtung nach Konstantinopel. Gleichzeitig stiegen die Flieger Penghorn und Herndon auf; sie haben die Absicht, den Rekord der beiden Flieger Post und Gatty, die in 8 Tagen die Erde umflogen, zu unterbieten.





## Pythia zu Bremen.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat ein kleines Schriftchen herausgegeben, das sich mit dem Panama der Nordwolle beschäftigt. Durch drei Generationen verfolgt die Darstellung den Aufstieg und den Niedergang des grössten kontinentalen Wollkonzerns. In kurzen Strichen wird die Bourgeoisie der Bismarck'schen Zeit gezeichnet, die "lieber ihre Pferde mit goldenen Hufeisen beschlagen lassen will, als dass sie zugibt, dass bei der Nordwolle höhere Löhne gezahlt werden". Aehnlich wie das die Zechen im Ruhrgebiet taten, bereisten Agenten der Lahusens, vor allem Pastoren - wer nicht mit tun wollte, wurde entlassen -, die agrarischen Länder Europas und warben Ungarn, Galizier, Polen und Tschechen unter Vorspiegelung hoher Löhne, die in Wirklichkeit niemals gezahlt wurden, zur Arbeit im Nordwollekonzern an. Während des streikte das deutsche Proletariat zu dutzenden Malen, um seine Lebensverhältnisse erträglicher zu gestalten. Sie wurden durch die obenerwähnten Arbeiterimporte niedergehalten.

Was die Darstellung Alfred Fausts, auf den die Broschüre zurückgeht, wertvoll macht, ist der Versuch, den Krach bei der Nordwolle psychologisch zu erklären. Damit wird ein wichtiger Beitrag zu der Psychologie des Nachkriegsunternehmertums und der Politik dieses Unternehmertums während der letzten Jahre gegeben. Die Aufbietung eines wahnsinnig kostspieligen Propagandaapparates gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die Lohnabbaukompanie, die Offensive auf dem Gebiet der Reparationszahlungen, die Hochzüchtung der Hitlerpartei, ihre Einschaltung in das politische Kräfteverhältnis und das Spiel mit der Diktatur führt sich auf Grundlage des Materials, das Faust für die Nordwolle gibt, auf ein Unternehmertum zurück, das nach Art von Desperados Wirtschaft und Staat ausbeuten und missbrauchen will, um sich selbst zu retten. Dabei führt eine glatte Linie von den Kriegshochkonjunkturen bis zu den Hitlersubventionen. Die Bereinigung der politischen Atmosphäre und die Schaffung gesunder politischer Zustände hängt davon ab, inwieweit wir der breiten Masse diese Zusammenhänge in den nächsten Tagen begreiflich machen können. Diesen Zweck verfolgt die Broschüre des Parteivorstandes.

Der Weltkrieg war für die Nordwolle eine Quelle unermesslicher Reichtümer. Die Armee brauchte Uniformen. Nordwolle lieferte Tuch zu Rekordpreisen. Der fabelhafte Reichtum der jungen Generation in der Nordwolle stammt aus dem Krieg und aus der Inflationszeit. Diese junge Generation übernahm während der Inflation die Leitung des Riesenkonzerns. Die bedächtigen Berater der alten Generation wurden herausgegrault. Stahöhelm- und Hakenkreuzexistenzen, ohne Erfahrung, aber mit viel Geschmeidigkeit und vieler Elastizität der Gesinnung, ohne Tradition des alten ehrsam Kaufmannes, dafür aber brutal gegen die Arbeiter und Nachäffer falscher Rationalisierungsmethoden, die den Konzern zwar zu Ueberexpansion verleiteten, jedoch die Lohnkonten senkten, traten an ihre Stelle. Mit diktatorischer Machtvollkommenheit beherrschte dieses Zerrbild hanseatischen Unternehmerngeistes den grössten Wollkonzern des Festlandes. Durch Zufall oder Erbschaft wurde die Generation an die Spitze von Aktiengesellschaften oder Industrie- und Finanzkonzernen geschleudert. Tradition und Instinkt, Verantwortungsgefühl fehlten ihnen. Ihr geschäftliches Prinzip war der

Leichtsinn, ihre Praxis das Schuldenmachen.

Die Lahusen haben das Schuldenmachen tollkühn getrieben. Ihre markante Unternehmungslust, ihr jugendlicher Drang zu Abenteuern, zu denen sie schon den Krieg mit leichten Gewinnen, die Inflation mit phantastischen Zahlen und die Deflation mit ihren unbegrenzten Gewinnchancen verleiteten, imponierte der alternden Generation in den Spitzen der alten soliden Banken. Unbegrenzte Kredite wurden diesen jungen Konzerncondottieri eröffnet. Und als sie der ungehemmte Expansionsdrang zu gefährlichen Abenteuern und wagehalsigen Spekulationen verleitete, als die unvermeidlichen Rückschläge und Verluste sich einstellten, da gab es kein Zurück mehr. Da wurde eine Spekulation durch eine andere, noch gewagtere übertrumpft. Da wurde ein verlorener Millionenkredit durch einen neuen, noch höheren und zu verlierenden Kredit gedeckt. Da wurde ein Loch zugestopft, indem man andere Löcher aufriß. Hier liegt die Schuld der Lahusens. Hier liegt, ganz allgemein, die Schuld derjenigen, die im Laufe von zwei Jahren mit einer durch nichts zu überbietenden Propaganda der Offentlichkeit suggerierten, der Marxismus, die Sozialdemokratie, das System des neuen Staates und die Lohnpolitik der Gewerkschaften seien Schuld an der Wirtschaftsmisere. Wer sehen will, sieht, dass die Schuld ganz wo anders liegt.

Und nun das politische Kapitel, das die Broschüre des Parteivorstandes meisterhaft gestaltet: Es kommen die Stürme von den Rohstoffmärkten her, wo sich mit Hilfe der Technik die Kosten für die menschliche Arbeitskraft phantastisch verbilligen und die Preise halbieren und weit unter Vorkriegsstand zusammenschrumpfen. Wehe dem Unternehmen im alten Europa, das diesen Stürmen nicht gewachsen, innerlich nicht gesund ist! Während dieses Europa vom Krebschaden des Marxismus schwafelt, gibt die Weltgeschichte eine ernste Lektion über die Nichtigkeit dieses Marxismus, die schliesslich darin besteht, dass der Techniker im nordamerikanischen Weizengürtel, der - ein paar Jährchen sind erst seitdem vergangen - den Mährescher systematisch als Druckmittel zur Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft einsetzte, die ganze Welt revolutionierte und in eine unübersehbare Krise stürzte. Dem ungeahnt Neuen aus den überseeischen Rohstoffproduktionen hätten die alten Industrieländer in Europa neue Prinzipien entgegensetzen müssen, vor allem Aufforstung der Kaufkraft, Steigerung des Reallohnes, Erkenntnis, dass der Lohn nicht nur Faktor bei den Unkosten, sondern wichtigster Faktor für den Warenabsatz ist und dass ohne hohe Löhne nicht produziert werden kann, nicht Riesenkonzerne entwickelt werden können. Dazu hat es bei Lahusens, wie bei ihren Standesgenossen, am Geiste nicht gereicht. Die millionenreichen Trustleiter eilten wie die alten Weiber neugierig zu Astrologen und Graphologinnen, um sich weissagen zu lassen, ob ihr Trust erhalten bleibe oder fallen wird. Die Antwort war wirklich des berühmten Orakelspruchs der Pythia zu Delphi würdig. Sie lautete: Ein grosses Reich wird stürzen und durch ein grosses Reich abgelöst werden.

Die Lahusens legten das dahin aus: Ehe wir verschwinden, kommt das Dritte Reich Hitlers. Sie glaubten daran, wie andere an die Heilkraft des Weisskäses des Propheten Weissenberg, der Zauberröhre des Wunderdoktors Zeileis oder an das Gold aus Blei des Schwindlers Tausend. Kein Wunder, dass die Lahusens Teile ihrer Gewinne und die von den Banken gepumpten Millionen abzweigten, um die Hitlerpartei und das Dritte Reich zu finanzieren. Hitler sollte der Retter sein. Ein Hitler- oder Hugenberg-Reichskanzler im Reich, ein Hugenberg- oder Hitler-Finanzminister in Berlin, Naziminister in Oldenburg und Nazisenatoren in Bremen, dann würde man den verschlumpten Konzern schon wieder flottkriegen, mit Hilfe der Steuerquellen des Reichs und der Länder. So hat man die Reaktion in Deutschland finanziert, bis zum schäbigen Rest, bis man elendiglich mit einer Schuldenlast von 250 Millionen Mark zusammenbrach und den bitteren Gang in das Reich des Untersuchungsrichters antreten musste.

---

SPD. Die Reichsregierung hat am Dienstag eine neue Notverordnung über den Zahlungsverkehr vom 29. Juli bis 1. August herausgegeben. Die Notverordnung will den Übergangsverkehr regeln, an den sich dann der freie Verkehr schliesen soll. Sie hat folgenden Wortlaut:

In der Zeit vom 29. Juli bis 1. August 1931 gelten für den Zahlungsverkehr der von den Bankfeiertagen betroffenen Institute folgende Bestimmungen:

#### § 1.

1. Die Kreditinstitute dürfen an Kontoinhaber Barauszahlungen ohne besondere Zweckbestimmung nicht über zehn vom Hundert des am 29. Juli 1931 vorhandenen Guthabens, insgesamt aber höchstens dreihundert Reichsmark leisten. Bei Guthaben aus Sparkonten oder Sparsbüchern (bei Banken, Sparkassen aller Art und Genossenschaften) beschränkt sich der Betrag auf höchstens dreissig Reichsmark. Die Auszahlung kann vom Nachweis eines Bedürfnisses abhängig gemacht werden.

2. Auf jeden Kreditbrief, der vor dem 14. Juli 1931 ausgestellt ist, dürfen bis zu 300 Reichsmark ausgezahlt werden, wenn der Berechtigte sich ausserhalb seines Wohnortes aufhält.

3. Unbeschränkt dürfen Barauszahlungen geleistet werden, soweit der Empfänger die Zahlungsmittel nachweislich benötigt zur Zahlung von Löhnen, Gehältern, Ruhegehältern, Versorgungsgebühren und ähnlichen Bezügen, Arbeitslosen- und Krisenunterstützungen und Leistungen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege (Fürsorge), Leistungen an Versicherte der Sozialversicherung und Leistungen an Versicherte aus anderen öffentlichen oder privaten Versicherungsverhältnissen, Steuern, Gebühren, Beiträgen zur Sozialversicherung und von sonstigen öffentlichen Abgaben, soweit nicht bargeldlose Entrichtung möglich ist, Transportkosten, wenn der Empfänger die Benachrichtigung einer Verkehrsunternehmung über den Eingang von Gütern vorlegt, Geldbeträgen an die Reichsmonopolverwaltung für Branntweine, soweit nicht bargeldlose Entrichtung möglich ist, Mietzinsen für Wohnungen und gewerbliche Räume, sofern der Kontoinhaber nicht Einnahmen der oben bezeichneten Art hat.

4. Unbeschränkt dürfen ferner Barauszahlungen geleistet werden, soweit der Empfänger die Zahlungsmittel nachweislich benötigt, um Zins-, Renten- und Gewinnanteilscheine einzulösen oder soweit der aus solchen Scheinen Berechtigte die Scheine einem Kreditinstitut zur Einlösung vorlegt.

#### § 2.

Die Annahme von Einzahlungen unterliegt keinen Beschränkungen.

#### § 3.

Überweisungen sind zulässig: 1. unbeschränkt, a) soweit sie erforderlich sind, um die im § 1 Abs. 3, 4 zugelassenen Barauszahlungen zu ermöglichen, b) soweit sie sich innerhalb desselben Instituts vollziehen, c) soweit dadurch Zahlungen zur Durchführung der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsknappschaftsgesetzes und des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bewirkt werden, d) soweit Leistungen an einen Versicherungsträger zur Erfüllung einer Beitragspflicht bewirkt werden, e) aus Guthaben, über die gemäss § 2 Abs. 2 frei verfügt werden kann.

2. zwischen allen von den Bankfeiertagen betroffenen Kreditinstituten insgesamt bis zur Höhe der Hälfte des jeweiligen Guthabens des Auftraggebers und höchstens bis insgesamt sechzehntausend Reichsmark und nur auf ein bereits bestehendes Konto eines Dritten bei einem von den Bankfeiertagen betroffenen Institut.

3. Die in Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 bezeichneten Überweisungen dürfen nur mit der Massgabe ausgeführt werden, dass das neuentstehende Guthaben des Empfängers denselben Beschränkungen unterliegt wie das bisherige Guthaben des Auftraggebers.

4. Im Falle des Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 dürfen Überweisungen auf Postscheck- und Reichsbankgirokonten nicht vorgenommen werden. Überweisungen von einem Institut an das andere durch Postscheck oder über Reichsbankgirokonto sind jedoch zulässig.

§ 4

Beauftragt ein Kontoinhaber ein Institut, einen von ihm akzeptierten Wechsel, der vor dem 22. Juli 1931 ausgestellt ist, ganz oder zum Teil einzulösen, so sind hierfür Barauszahlungen und Ueberweisungen zulässig, soweit für solche Einlösungen das Konto des Auftraggebers nicht mit mehr als achttausend Reichsmark für den Tag belastet wird.

-----  
Berliner Viehmarkt.

-----  
(28. Juli).

SPD. Die genügende Beschickung, die der Schweinemarkt am Dienstag hatte liess es geraten erscheinen, die Forderungen in Schranken zu halten. Bei glattem Handel gingen die Preise in einem Ausmass von einem Pfennig pro Pfund Lebendgewicht zurück. Aehnlich war die Preisentwicklung auf dem Lammmarkt, wo die Beschickung ebenfalls gut war. Der Kälbermarkt hatte dagegen stärker nachgebende Preise. Auch auf dem Kindermarkt genügte der Auftrieb. Die Preise gaben in allen Klassen stärker nach.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) 48 (49 - 50), b) (240-300 Pfund) 48 (49 - 50), c) (200-240 Pfund) 47 - 49 (48 - 50), d) (160 - 200 Pfund) 45 - 46 (46 - 48), e) (120 - 160 Pfund) 42 - 43 (42 - 45), Sauen 44 (46). Kälber: b) 45 - 54 (48 - 55), c) 40 - 50 (42 - 53) d) 30 - 38 (32 - 40) Schafe: a) 52 - 53 (53 - 55), b) 40 - 42 (41 - 43), c) 38 - 45 (38 - 45), d) 27 - 37 (24 - 35). Kühe: a) 30 - 35 (32 - 36), b) 24 - 29 (25 - 30), c) 19 - 22 (20 - 24) d) 15 - 18 (17 - 20).

-----  
SPD. Die Gewerkschaft Mont Cenis in Herne/Westfalen, die in Gemeinschaft mit dem preussischen Hiberniakonzern Anlagen für die Erzeugung von künstlichem Stickstoff errichtet hat, legt für das Jahr 1930 einen befriedigenden Abschluss vor. Günstig beeinflusst wird die Entwicklung durch die Abmachungen mit der I.G. Farbenindustrie, die die Stickstoffabrik der Gewerkschaft Mont Cenis übernommen hat, während Hibernia des Stickstoffprojekts für sich weiter verfolgt. Mont Cenis hat nach Abschreibungen eine Verringerung seiner Beteiligung erreicht, weiter seine Bankguthaben und seine Forderungen stark gesteigert. Die Forderungen haben sich allein von 1,87 Millionen Mark auf 3,05 Millionen Mark erhöht. Die Bankguthaben werden mit 3,82 Millionen Mark angegeben. Es ist schon ganz nett, wenn Mont Cenis aus seinen Wirtschaftsjekten derart profitiert. Volkswirtschaftlich erscheint die ganze Stickstoffepisode auf Mont Cenis in einem anderen Licht uns recht bedenklich.

Im übrigen weist der Abschluss einen Rechnungsüberschuss von 6,81 Millionen Mark aus. Nach Abschreibungen in Höhe von 1,67 Millionen Mark (im Vorjahre 1,7 Millionen Mark) usw. verbleibt ein Ueberschuss von 140 000 Mark (Vorjahr 70 000 Mark), der vorgetragen wird.

-----

## Roggenkurs 164.

(Berliner Getreidebörse vom 28. Juli. )

SPD. An der Berliner Produktenbörse gestaltete sich der Verkehr am Dienstag wieder regelmässiger. Das Angebot an neuem Roggen ist etwas geringer geworden. Die Mühlen und der Handel nahmen einige Mengen auf, wobei Preise von 164 Mark je Tonne frei Berlin gezahlt wurden. Auf dieser Basis kam auch die offizielle Notiz zustande. Von neuem Weizen sind erstmalig einige Partien verkauft worden. Der Preis stellte sich auf etwa 215 Mark franko Berlin für, prompte Lieferungen. Auch hier waren einige Umsätze zu verzeichnen. Alter Hafer ist noch reichlich angeboten. Die Tendenz ist hier gleichfalls etwas stetiger geworden; jedoch ist es schwer, die Forderungen der Eigner beim Konsum durchzudrücken. In Roggen- und Weizenmehl ist die Haltung des Marktes im wesentlichen unverändert. Zu gleichbleibenden Preisen wurden nur kleinste Mengen zur Deckung des laufenden Bedarfes umgesetzt.

	27. Juli	28. Juli
	(ab märkische Station in Mark)	
Neue Wintergerste	138 - 150	137 - 149
Hafer	146 - 152	146 - 152
Weizenmehl	29,25 - 36,50	29,00 - 36,50
Roggenmehl	26,25 - 28,25	26,00 - 28,00
Weizenkleie	12,50 - 12,75	12,25 - 12,50
Roggenkleie	11,60 - 12,00	11,50 - 11,75

### Rauhfutternotierungen.

Drähtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) .....	Rd	0,50 - 0,65
" " Weizenstroh .....	Rd	0,40 - 0,55
" " Haferstroh .....	Rd	0,40 - 0,55
" " Gerstenstroh .....	Rd	0,40 - 0,55
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt .....	Rd	0,65 - 0,85
Häcksel .....	Rd	1,35 - 1,55
Handelsübliches Heu, gesund und trocken .....	Rd	1,25 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken .....	Rd	1,70 - 2,15
Thymothee, lose .....	Rd	2,25 - 2,55
Kleeheu, lose .....	Rd	2,10 - 2,40
Drähtgepresstes Heu .....	Rd	0,30 über Notiz
Tendenz stetig.		

### Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 28. Juli. Amtliche Notierungen ab Erzeugungstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126, II. 116, abfallende Sorten 102 RM. Tendenz: abwartend.



## Der Freiwillige Arbeitsdienst.

Was ist er nicht und was ist er ?

SPD. Was ist der Freiwillige Arbeitsdienst nicht? "Er ist weder Arbeitszwang noch modernes Sklaventum, nicht Soldatenspielerei und nicht die Schaffung einer "Prätorianergarde der wirtschaftlichen und sozialen Reaktion", weder amtliche Förderung des Lohndrucks noch öffentliche Organisation von Streikbrechern noch schutzlose Ausbeutung der Arbeitskraft."

Diese Definition des Freiwilligen Arbeitsdienstes nach der negativen Seite hat in gewissem Sinn offiziellen Charakter. Sie stammt von Oberregierungsrat Benda-Berlin, der in dem soeben erschienenen neuesten Reichsarbeitsblatt (Heft Nr. 21) eine Art Geleitwort zur Verordnung über die Förderung des Freiwilligen Arbeitsdienstes veröffentlicht.

Die Arbeitsämter und vor allem die Arbeiter selbst wissen jetzt also, was der freiwillige Arbeitsdienst nicht sein soll. Sie werden sich an die Generalanweisung des Reichsarbeitsblattes halten, wenn nun draussen im Lande das grosse Experimentieren beginnt. -

Von besonderem Interesse in den Ausführungen Bendas ist die Unterstreichung der Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes. Er sagt: "Nichts kennzeichnet besser die Verwirrung der Begriffe als das Wort von der "freiwilligen Arbeitsdienstpflicht", das in letzter Zeit des öfteren zu lesen war. Sie ist freiwillig im Beginn; niemand hat Nachteile vom Arbeitsamt zu gewärtigen, wenn er ihr fernbleibt; jeder kann sich die Arbeit frei auswählen, die ihm liegt. Freiwillig in der Fortsetzung: Wem die Arbeit nicht zusagt, wer mit Unterkunft oder Verpflegung nicht zufrieden ist, wem die Kameraden nicht passen, oder wer sonst Gründe zur Abwehr hat, kann fortgehen, ohne dass das Arbeitsamt ihm Schwierigkeiten bereitet. Hier liegt ein grundlegender Unterschied nicht nur gegenüber der Arbeitsdienstpflicht, sondern auch gegenüber der Pflichtarbeit, die die Unterstützung an die Bedingung knüpft, dass der Unterstützte gemeinnützige zusätzliche Arbeit leistet, aber auch gegenüber der Notstandsarbeit, die der Unterstützte bei Strafe des Unterstützungsverlustes annehmen muss, wenn nicht einer der besonderen gesetzlichen Ablehnungsgründe gegeben ist."

Vielleicht ist das Wort von der "freiwilligen Arbeitsdienstpflicht" weniger ein Produkt der Verwirrung der Begriffe, sondern eher ein Ausdruck, der sehr treffend die ganze Situation des Kampfes um den Arbeitsdienst kennzeichnet. Man darf nicht vergessen, dass vor der Entdeckung des Freiwilligen Arbeitsdienstes die Arbeitsdienstpflicht das Lieblingsthema aller Leute war, die mit Vorliebe über die Faulheit der Arbeitslosen schimpften. Arbeitsdienstpflicht - sie wollte man haben, und sie will man auch heute noch, wenn sie auch zunächst infolge der Kosten nicht in grossem Stil durchgeführt werden konnte. Der Freiwillige Arbeitsdienst ist nichts anderes als eine Art Rückzugstellung der Propagandisten der Arbeitsdienstpflicht. Die Freiwilligkeit des Dienstes ist kein Zugeständnis an die Gegner der Arbeitsdienstpflicht, sondern Taktik. Je homogener die Arbeitskolonnen, desto zuverlässigere Kompagnien der Bünde sind sie, und je mehr die Bünde im Arbeitsdienst sozusagen unter sich sind, desto friedlicher und harmloser kann das Gesicht der Arbeitslager und Arbeitskolonnen nach aussen erscheinen. Weniger harmlos ist das, was hinter diesem Gesicht steckt.

SPD. Wir haben vor kurzem gegen die Haltung der Arbeitgeber, die von einer ratenweisen Gehaltszahlung nichts wissen und es einfach bei dem bisherigen Entlohnungsmodus belassen wollen, Stellung genommen. Der Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst schloss daraus, wir seien dafür eingetreten, dass die Angestellten, die doch ohnehin dem Arbeitgeber Arbeitsleistungen kreditieren, noch viel länger auf ihr verdientes Entgelt warten sollen.

Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Wir haben allgemein zur Frage der Ratenzahlung Stellung genommen, weil wir befürchten, dass die Haltung der Arbeitgeber sich unter Umständen eines Tages für die Angestellten unangenehm auswirkt. Wir sind nicht Optimisten genug, um die Haltung der Arbeitgeber, die erklären, es bleibe einstweilen im Zahlungsmodus alles beim alten, auch noch zu begrüßen, und deshalb glaubten wir darauf aufmerksam machen zu müssen, dass die Notverordnung schliesslich nicht zum Spass erlassen worden sei. Dieser unser Hinweis auf die Veranlassung der Notverordnung, d.h. auf die Schwierigkeiten der Geldverknappung ist noch lange keine Empfehlung der in der Verordnung anscheinend vorgesehenen Möglichkeit zur Verschleppung der Zahlung für postnumerando entlohnte Angestellte. Im Gegenteil: eben weil die bisherigen Versuche, den Schwierigkeiten der Geldverknappung zu begegnen uns als nicht ausreichend erscheinen, haben wir ja die Frage einer Zahlung in vier Raten aufgeworfen. Durch einen solchen Zahlungsmodus würde die Gefahr der Zahlungsvererschleppung, die umso grösser ist, je grösser die zu zahlenden Beträge sind, beseitigt. Wenn die Angestellten zum Beispiel das Augustgehalt in vier August-Raten bekämen, dann würde das sicherlich eine Erleichterung der Situation bedeuten. Bleibt es dagegen bei dem bisherigen Modus, dann wächst die Gefahr der Zahlungsvererschleppung und der Entlassungen.

Darauf hinzuweisen, war der einzige Zweck unserer Notiz. Aus ihr eine Empfehlung der Zahlungsvererschleppung herauszudeuten, ist ein schlechter Witz.

-----

SPD. Zu dem Entrüstungssturm des Unternehmertums gegen den Aufruf der Sozialdemokratie, worin die Lüge von der "marxistischen Misswirtschaft" abgegan wird, nimmt die Holzarbeiterzeitung in ihrer neuesten Nummer Stellung. Das Organ des Deutschen Holzarbeiterverbandes, dessen Vorsitzender seit langem mit besonderer Energie die Kapitalfehlinvestitionen und Ueberspekulationen bekämpft hat, nennt den Aufruf der Leitung der sozialdemokratischen Partei einen "Schuss ins Schwarze". Die Wirkung des Aufrufs habe sich sofort gezeigt. Die Getroffenen hätten aufgeschrien. Ihr Appell an das Volk, selbst über diejenigen zu urteilen, die in der Zeit grösster gemeinsamer Gefahr parteipolitische und agitatorische Bedürfnisse über die vaterländische Pflicht einmütigen Zusammenstehens stellten und durch das Aufreissen innerer Gegensätze die Vertrauenskrise verschärften, klinge zwar hübsch burgfriedlich, bleibe aber ohne Wirkung, weil man den Wolf kenne, der sich unter dem Schafspelz verstecke. "Es sind dieselben Leute, betont die Holzarbeiterzeitung, "die unaufhörlich nach Senkung der Löhne, nach Abbau der Sozialpolitik rufen. Die Herrschaften, die durch den sozialdemokratischen Aufruf gekennzeichnet sind, entrüsten sich darüber, dass man so gar keine Rücksicht auf ihre Bedrängnis nimmt und die Dinge beim richtigen Namen nennt."

Dass es "Auswüchse privatkapitalistischer Betätigung" gibt, fährt die Holzarbeiterzeitung fort, werde jetzt nicht mehr bestritten, aber man bezeichne sie als Ausnahmen. Das sei ein vergeblicher Reinwaschungsversuch. Die lange Reihe von Zusammenbrüchen privatkapitalistischer Unternehmungen seien keine Einzelercheinungen, sie seien Symptome der Ueberspannung des privatkapitalistischen Systems.

"Wir dürfen uns", so schreibt das Organ der Holzarbeiter, "durch die zur Schau getragene Entrüstung der Getroffenen nicht bluffen lassen, so wenig wie

von ihren Unschuldsbeteuerungen. Jetzt, wo die ungeheuren Schäden, die durch die privatkapitalistische Misswirtschaft entstanden sind, so offen liegen, ist der Augenblick gekommen, die Wirtschaft gründlich zu bereinigen. Die Selbstherrschaft der Banken und der Schwerindustrie führt die Wirtschaft in den Abgrund. Ihr muss ein Ende bereitet werden."

SPD. Durch die Öffentlichkeit geht der Ruf nach Entspannung des Preisgefüges. Im Zusammenhang mit dieser Forderung wird an die Gewerkschaften der Arbeiterschaft, so heisst es in dem wirtschaftlich führenden bürgerlichen Blättern, sollte es leicht sein, zu erkennen, dass die Kreditverteuerung die realen Kostengrundlagen des Unternehmers stark verändert und dass, wenn Stilllegungen und Zusammenbrüche verhindert werden sollen, eine Entlastung auch von der Lohnseite her notwendig sei. Die im Gang befindliche und durch Kartellbeschlüsse hoffentlich erleichterte Preissenkung werde die nominellen Lohnsenkungen real mildern; auch das sollte die Bereitwilligkeit der Arbeiter erhöhen. Es sei jedenfalls unerlässlich, dass auch die deutsche Arbeiterschaft das Ihre zur Lösung der Spannungen im Preisgefüge beiträgt. Je rascher hier geholfen werde, desto schneller würden sich die günstigen Folgen für die deutsche Wirtschaft und für alle daran Beteiligten einstellen.

Also eine neue Senkung der Löhne? Man kann nicht rechtzeitig, und nicht nachdrücklich genug auf die durch die Kreditverteuerung für den Lohn drohenden Gefahren hinweisen.

Vor kurzem hat der Reichskanzler selbst gegen den verhängnisvollen Wahn Stellung genommen, als ob man vor allem mit Lohnkürzungen die Wirtschaft sanieren könne. Auch die Geschäftswelt ist in der jüngsten Zeit in der Lohnfrage von der Auffassung, dass nur ein scharfer Lohnabbau der Wirtschaft helfen könne, abgerückt. Im Ausland ist man ebenfalls in der Frage des Lohnabbaus skeptisch geworden. Sogar ein Mussolini erklärte nach der Durchführung einer allgemeinen Lohnsenkung, dass beim Lohnabbau sehr bald der Punkt erreicht werde, wo die Arznei als schädliches Gift zu wirken beginne.

Man darf also erwarten, dass, wenn im Zusammenhang mit der Kreditverteuerung der Lohnfrage von neuem aufgerollt wird, Vernunft und Ueberlegung massgebend bleiben. Der Arbeiter muss verlangen, dass zunächst einmal auf der Preisseite und vor allem bei den landwirtschaftlichen Produkten eine fühlbare Entlastung eintritt. Man kann unmöglich jetzt schon wieder von ihm verlangen, dass er mit dem Opfer vorangehen soll. Eine scharfe Herabsetzung des Preises der landwirtschaftlichen Produkte ist unter allen Umständen notwendig, wenn die Arbeiterschaft nicht mit der Forderung, auch ihrerseits zur Entspannung im Preisgefüge beizutragen, zur Wut gereizt werden soll.

Jedenfalls tut die Arbeiterschaft gut daran, wenn sie sich rechtzeitig gegen eine zweifellos drohende neue Gefahr in der Lohnfrage zur Abwehr rüstet.

SPD. Der Hausse der Angstverkäufe in den Geschäften folgte in den letzten Tagen eine Hausse im Ankauf von Grundstücken. So mancher, der sein Geld sicherstellen wollte, hat z. B. an der Peripherie Berlins Grund und Boden erworben.

Die Spargroschen, die auf diese Weise gerettet werden sollten, sind zum Fenster hinaus geworfen. Im letzten Halbjahr sind nicht weniger als 30 000 Menschen aus Berlin abgewandert. Der Rückstrom aufs Land wird aller Voraussicht nach ganz allgemein zunehmen. Unter diesen Umständen ist ein Grundstückserwerb im Randgebiet der Grosstädte ein mehr als gewagtes Experiment.

Arbeiter, vergeudet nicht eure Spargroschen!